

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 1. Februar 2016

Positionspapier zum britischen EU-Referendum: Verständnis für viele britische EU-Reformvorschläge zeigen – aber den Abbau der Freizügigkeit und die Diskriminierung von EU-Bürgern nicht hinnehmen

In einen konstruktiven Dialog mit Großbritannien treten

Aus Sicht der FDP ist Großbritannien ein wichtiger Teil der EU. Ein Ausscheiden aus der EU würde nicht nur diesem Land massiv schaden, sondern auch die Europäische Union schwächen. Der Kompass im Inneren der Union könnte weniger marktwirtschaftlich ausschlagen; die Stimme der Union in den internationalen Beziehungen würde weniger gehört; euroskeptische Kräfte in anderen Ländern wie Frankreich könnten einen Austritt zum Anlass nehmen, ihre zerstörerische Politik bestätigt zu sehen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir Freidemokraten die Bundesregierung auf, in einen konstruktiven Dialog mit Großbritannien zu treten. Der Europäische Gipfel im Februar wird die entscheidenden Weichen stellen. Kanzlerin Merkel ist gefragt, im Einverständnis mit den anderen Staats- und Regierungschefs Premierminister Cameron ein vorzeigbares Reformpaket anzubieten, damit er überzeugend beim britischen Volk für den Verbleib des Landes in der EU werben kann. Wir wollen Großbritannien in einer flexiblen Union halten – aber nicht zum Preis der Einführung einer Kategorie von Europäern zweiter Klasse.

Die britischen EU-Reformvorschläge

Im Herbst 2015 hat der konservative Premierminister Cameron in einem Brief an EU-Ratspräsidenten Tusk Reformvorschläge für die Europäische Union unterbreitet. Sie betreffen vier Bereiche.

Erstens möchte Großbritannien im Bereich „economic governance“ eine Zusicherung erhalten, dass die fortschreitende Integration in der Eurozone das Funktionieren des Binnenmarktes für alle 28 Mitgliedstaaten nicht gefährdet. Insbesondere sollen Nicht-Eurozonen-Länder nur freiwillig an der Banken-Union teilnehmen und zur Finanzierung von Euro-Rettungsaktionen herangezogen werden. Schließlich fordert London dass Themen, die alle Mitgliedstaaten berühren, gemeinsam beraten und beschlossen werden müssten.

Zweitens setzt sich das Vereinigte Königreich für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas („competitiveness“) ein. Hierzu sollen der Binnenmarkt vertieft, die Belastungen für Unternehmen im Binnenmarkt verringert und die Außenhandelspolitik aktiv betrieben werden.

Drittens hat die britische Regierung unter dem Stichwort „sovereignty“ vor, ihre Zusage zurückzunehmen, an einer sich immer stärker vertiefenden Union mitzuarbeiten. Außerdem sollen die nationalen Parlamente die Möglichkeit erhalten, EU-Gesetzgebung zu stoppen und das Subsidiaritätsprinzip voll umgesetzt werden.

Viertens macht sich Großbritannien dafür stark, die Freizügigkeit von Bürgern von zukünftigen EU-Mitgliedern solange einzuschränken, bis die Wirtschaftskraft sich derjenigen der bestehen Mitglieder

weitgehend angeglichen hat. Außerdem soll der vom Europäischen Gerichtshof ausgelegte Rechtsbestand zur Freizügigkeit von EU-Bürger zurückgefahren werden. Schließlich will London das Recht erhalten, EU-Bürgern den Zugang zu Sozialleistungen nur dann zu gewähren, falls sie sich vier Jahre dort aufgehalten haben.

Grundsätzliches Verständnis für die ersten drei britischen EU-Reformvorschläge zeigen

Die britischen Vorstellungen zum Verhältnis zwischen Euro- und Nicht-Euro-Ländern machen Sinn. Für uns Freie Demokraten ist es selbstverständlich, dass die Euro-Länder ihre Regeln den anderen nicht überstülpen oder sie zur Haftung für Euro-Rettungsaktionen heranziehen dürfen. Umgekehrt darf es aber nicht dazu kommen, dass Großbritannien faktisch ein Veto-Recht über Euro-Raum Entscheidungen enthielte, weil diese tatsächliche Auswirkungen auf London haben könnten. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, diesen Punkt der britischen Forderungen als zu weitgehend abzulehnen.

Der zweite Reformvorschlag der britischen Regierung deckt sich weitgehend mit unseren liberalen Vorstellungen. Auch wir sehen es als grundlegend, dass die Union den gemeinsamen Binnenmarkt weiter ausbaut und eine ehrgeizige Freihandelsagenda verfolgt. Denn nur die Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen, wie das Aufbrechen von Monopolen, Privatisierungen, die Abschaffung von Marktzugangshindernissen und vor allem ein spürbarer Bürokratieabbau kann die Wettbewerbsfähigkeit der EU insgesamt erhöhen und weiterhin das Versprechen auf die besten Lebenschancen einlösen.

Wir Liberale teilen auch das britische Anliegen, die EU flexibel weiter zu entwickeln. Wie im Europawahlprogramm 2014 bereits festgehalten wollen wir mehr Raum für verschiedene Geschwindigkeiten in Europa geben. Denn Mitgliedstaaten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. Wo ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich ist, bewirkt ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten politischen Fortschritt, zeitliche Flexibilität und Rücksichtnahme auf besondere nationale Gegebenheiten. Daher treten wir grundsätzlich dafür ein, Großbritannien die nötige Flexibilität zu gewähren, ohne dass damit integrationswillige Staaten ausgebremst werden. Hieraus ergibt sich, dass wir es als politisches Faktum akzeptieren können, wenn die derzeitige britische Regierung für sich selbst das Ziel der immer engeren Union aufgibt. Für die übrigen Mitgliedstaaten kann diese Zurücknahme hingegen keine Rechtswirkung entfalten. Ganz im Gegenteil: Wir Liberale sind fest davon überzeugt, dass weitere Vertiefungen gut und richtig für die integrationsbereiten Mitgliedstaaten sein werden, wie wir gerade am Beispiel der dringend zu verbessernden gemeinsamen Kontrolle der EU-Außengrenzen sehen.

Was die verstärkte Subsidiaritätskontrolle angeht, so haben wir ebenfalls bereits 2014 gefordert, die Hürden für die Subsidiaritätskontrolle zu senken. Anders als Westminster sehen wir aber keinen Sinn darin, dass nationale Parlamente EU-Gesetzgebung stoppen können: das ist Aufgabe der EU-Institutionen Rat und Parlament. Vielmehr sollte den nationalen Parlamenten mehr Zeit gegeben werden, sich mit EU-Vorhaben zu beschäftigen. Wenn innerhalb von mindestens zwölf – statt der bisherigen acht – Wochen 1/3 der nationalen Parlamente der Meinung sind, ein Vorhaben bedürfe keiner europäischen Regelung, so muss dies zu einer ernsthaften Überprüfung durch die Kommission führen.

An der Freizügigkeit festhalten und die Diskriminierung von EU-Bürgern ablehnen

Der vierte britische EU-Reformvorschlag ist für uns Freidemokraten hingegen nicht akzeptabel. Wer die Axt an die Freizügigkeit legt, fällt einen Grundpfeiler der europäischen Integration. Wir wollen ein Europa der Freiheiten für jede Europäerin und jeden Europäer. Wir treten allen populistischen Versuchen zur Diskriminierung von zuwanderungswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihrer Angehörigen entgegen. Für uns gibt es keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse. In den Herkunftsländern müssen zudem die Verhältnisse für benachteiligte Bevölkerungsgruppen verbessert werden, auch mit den bestehenden Instrumenten der Union.